

IVL^{SH}-MAGAZIN

Zeitschrift der Interessenvertretung der Lehrkräfte ALLER Schularten und Laufbahnen

ISSN 2191 – 9070

Heft 12 / Januar 2015

● Landesdelegiertenversammlung / Bildungskongress – Beschlüsse, Wahlen, Reden



Besuchen Sie uns im Internet:
www.ivl-sh.de

Inhaltsverzeichnis

Editorial	2
Landesvertreterversammlung und Bildungskongress	4
Rede der IVL-Vorsitzenden Grete Rhenius auf dem IVL-Bildungskongress	4
Beschlossene Anträge LVV 2014 in Nortorf	7
Wir wollen in Kontakt bleiben	10
Todesanzeige	10
Landesvorstand	12
Kooptierte Mitglieder des Landesvorstands	13
Bezirksvorsitzende	13
Ehrenmitglieder	13
Grußwort von Helmut Siegmon zum IVL-Bildungskongress 2014	14
Das ist bildungspolitisches Pharisäertum!	15
Senior Teacher	15
IVL zur 100 Tage-Bilanz von Ministerin Ernst.....	16
Wie gravierend sind die Probleme mit der Handschrift?.....	16
Lehrer nicht noch mehr zur Selbstausbeutung drängen!.....	17
dbb Tarifrunde 2015.....	17
Seniorenvertretung im dbb schleswig-holstein	18
Beihilfegewährung für im Basistarif versicherte Beamtinnen und Beamte.....	18
Da war wohl der Wunsch der Vater des Fehlers	18
Exkursion der Senioren am 9.9.2014.....	19
Gewerkschaftliche Außendarstellung	21
Geburtstage	24
Lernen Sie uns aus der Nähe kennen.....	26
Impressum	26




Grete Rhenius

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Jahr 2014 endete nach etlichen bildungspolitischen Turbulenzen mit einer großartigen Entscheidung der Grundschulen. Mehr als 86% aller Grundschulen haben sich für die Beibehaltung von Notenzeugnissen in den Klassenstufen drei und vier ausgesprochen, obwohl von Seiten des Ministeriums, der Küstenkoalition und der „selbsternannten“ Bildungsgewerkschaft Noten geradezu verteufelt wurden. Grundschulkolleginnen und -kollegen und Eltern haben sich nicht unter Druck setzen lassen.

Das Jahr 2015 beginnt mit wichtigen Ereignissen. Vom 9. bis 13. März finden die Personalratswahlen statt. Durch die 2013 erfolgte Änderung des Mitbestimmungsgesetzes werden die Personalräte wieder mehr Mitglieder haben. Die von der vorherigen Regierungskoalition erfolgte Reduzierung der Mitgliederzahl der Personalräte – übrigens ohne Reduzierung der Ermäßigungstunden – wurde von der jetzigen Koalition wieder rückgängig gemacht. Das bedeutet eine dramatische Erhöhung der Mitglieder in fast al-



Personalratswahlen 2015

Alle Stimmen für die IVL
im BPR und im HPR!

Redaktionsschluss für das Heft 13: **15. März 2015**

len Bezirkspersonalräten (z.B. in Neumünster und Flensburg von fünf auf nunmehr neun Mitglieder) und auch an Schulen mit mehr als 51 wahlberechtigten Beschäftigten von drei auf fünf Mitglieder ohne aber die Anzahl der Ermäßigungsstunden anzupassen. In den Kreisen Pinneberg, Rendsburg/Eckernförde und Segeberg wird es demnach 13 Bezirkspersonalratsmitglieder geben. Die ohnehin viel zu geringen Ermäßigungsstunden, die es für die immer umfangreicher werdende Personalratsarbeit gibt, müssen auf mehr Mitglieder verteilt werden, was Personalratsarbeit nicht unbedingt attraktiver macht. Trotzdem wollen wir mitgestalten und die teilweise monopolistischen Strukturen in Personalräten aufbrechen bzw. verhindern.

Auch für den Hauptpersonalrat, der weiterhin insgesamt 17 Mitglieder haben wird, ergeben sich Änderungen. So wird es für den Bereich der schulamtsgebundenen Schulen nur noch neun Mitglieder geben. Die Beruflichen Schulen werden drei Mitglieder stellen und die Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe weiterhin ein Mitglied. Die IVL-SH kandidiert erstmals auch für den Bereich der Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe mit einer eigenen Liste. Auch in den meisten Bezirken werden wir mit eigenen Listen vertreten sein.

Anfang Februar werden wir an alle Schulen Plakate mit unseren Kandidatinnen und Kandidaten versenden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das IVL Magazin hat Sie in den letzten Jahren immer über die Beschlüsse unserer Landesvertreterversammlung informiert. Das wird auch in dieser Ausgabe so sein. Gleichzeitig aber ist das Ihnen vorliegende IVL Magazin ist die letzte Ausgabe dieser Art.

Die Delegierten der Landesvertreterversammlung haben im November 2014 mit großer Mehrheit beschlossen, dass das IVL Magazin ab April 2015 eingeleiteter Bestandteil der Bundeszeitschrift „Reale Bildung in Deutschland“ werden soll. Diese spezielle Ausgabe der Bundeszeitschrift (an einem IVL Aufkleber zu erkennen) geht an Sie als IVL Mitglieder und an alle Grundschulen, Regionalschulen (so weit noch vorhanden) und Gemeinschaftsschulen unseres Landes.

Welche Überlegungen haben zu diesem Beschluss geführt? Wir sehen es als sehr wichtig an, unsere Mitglieder nicht nur über unsere Homepage sondern auch durch unsere Zeitschrift möglichst aktuell zu informieren. Dieses anspruchsvolle Vorhaben setzt aber voraus, dass unser Magazin alle zwei bis drei Monate erscheint. Ein eigenständiges Magazin zu erstellen erfordert nicht nur einen hohen Kostenaufwand, sondern vor allem auch einen großen Arbeitsaufwand, der kaum mehr zusätzlich zu leisten ist. Hier bietet die Einheftung un-

seres Magazins in die Ihnen alle zwei Monate zugesandte Bundeszeitschrift die Chance, Sie zeitnah zu informieren und auch zu betreuen.

Des weiteren wurde von den Delegierten mit sehr großer Mehrheit beschlossen, die Mitgliedsbeiträge zu dynamisieren, d.h. an die Einkommensentwicklung gemäß der Übernahme der Tarifabschlüsse anzupassen. Diese Dynamisierung wird bereits seit vielen Jahren seitens des DBB sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene durchgeführt. Dadurch sind die Abgaben an den DBB in den letzten fünf Jahren um mehr als 10% gestiegen.

Für Sie als IVL Mitglied steigt der monatliche Beitrag ab 2015 um 2,75%, wobei wir mathematisch auf jeweils 10 Cent abgerundet oder aufgerundet haben. Eine solche Dynamisierung ist seit Jahren in fast allen Landesverbänden üblich und wird immer im auf die Tarifübernahme folgenden Kalenderjahr wirksam. Die Beiträge für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst und Studierende bleiben konstant. Die neuen Beiträge finden Sie im Magazin. Sie werden im März 2015 für das erste Quartal abgebucht.

Ich möchte es nicht versäumen alle neuen Mitglieder der IVL sehr herzlich zu begrüßen und uns allen ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2015 zu wünschen.

Ihre Grete Rhenius

Aktion „Mitglieder werben Mitglieder“

Gewinnen Sie neue Mitglieder für unseren Verband. Überzeugen Sie Ihre Kollegin oder Ihren Kollegen von den vielen Vorteilen einer Mitgliedschaft bei uns.

Für jedes von Ihnen neu geworbene Mitglied erhalten Sie sofort eine Anerkennung von 50 Euro. Unsere neue Beitrittserklärung finden Sie auf der vorletzten Seite.

Landesvertreterversammlung und Bildungskongress: Wahlen, Anträge, Grußworte, Vorträge

Auf der Landesvertreterversammlung der Interessenvertretung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein (IVL) am 20. November 2014 in Nortorf standen neben zahlreichen Anträgen u.a. zur Beschulung von Kindern von Asylsuchenden, zu deutlichen Korrekturen bei der Inklusionspolitik und zur Beibehaltung der Notengebung auch Wahlen an.

Die Ergebnisse in aller Kürze: IVL-Landesvorsitzende Grete Rhenius hat mit Tade Peetz nun einen Stellvertreter, der Claus Mangels ablöst, der nach 25jähriger Landesvorstandstätigkeit sein Amt zur Verfügung stellte. Einen Tausch in den Funktionen des Kassenführers mit seinem Stellvertreter gab es bei Günther Wulf, der die Kasse an Lars Donner übergibt. In ihren Ämtern bestätigt wurden Ingrid Bieger und Hans-Günther Pinn als Referenten für Recht und Besoldung, ebenso wie Brigitte Vöge-Lesky als Pädagogikreferentin und Harro Rhenius als Homepage-Administrator.

Als Gäste des anschließenden Bildungskongresses unter dem Motto:



Claus Mangels verabschiedet sich nach fast 25 Jahren von der Arbeit im Landesvorstand.

„Gute Bildung – Reale Chancen – Meister statt Master“ konnte die IVL den Vorsitzenden des Philologenverbandes S-H, Helmut Siegmon und den Landesgeschäftsführer des Wirtschaftsrates S-H, Dr. Bertram Zitscher begrüßen, die beide harsche Kritik an der Bildungspolitik im Land übten.

Die bildungspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen Heike Franzen (CDU), der Martin Habersaat (SPD), Anita Klahn (FDP) und Sven Krumbek von den Piraten brachten in ihren Grußworten ihren Dank und ihre Wertschätzung gegenüber den Lehrkräften zum Ausdruck.

Im Zentrum der Veranstaltung stand der Vortrag der Geschäftsführerin Berufsbildung im Zentralverband des Deutschen Kfz-Gewerbes, Birgit Behrens, unter der Überschrift „Geht dergewerblichen Wirtschaft und speziell der Kfz-Branche der Nachwuchs aus?“. Behrens beleuchtete dabei intensiv die Erwartungshorizonte des Handwerks und machte Strategien zur Nachwuchsgewinnung deutlich.

Im Schlusswort schwor Grete Rhenius die Delegierten und Mitglieder der IVL noch einmal auf die bevorstehenden Personalratswahlen 2015 ein und motivierte diese, sich vielfältig und kritisch in die Bildungsdiskussion einzubringen.

Tade Peetz, Pressereferent der IVL-SH, 20. November 2014

Rede der IVL-Vorsitzenden Grete Rhenius auf dem IVL- Bildungskongress

„Gute Bildung – Reale Chancen“ lautet das Motto unseres diesjährigen Bildungskongresses. Im Gastvortrag wird sich Frau Birgit Behrens mit der Frage beschäftigen, ob der gewerblichen Wirtschaft der qualifizierte Nachwuchs ausgeht. Man könnte das Motto provozierend auch „Meister statt Master“ nennen.

Was ist „gute Bildung“? Was sind reale Chancen?

Der Bundesvorsitzende des VDR Jürgen Böhm sagte auf dem Bundesrealschultag im Mai in Fulda, dass die Nutzung realer Chancen bei der Persönlichkeitsentwicklung und bei der Gestaltung der Lebenswirklichkeit gute Bildung voraussetze. Reale Chancen sind also nicht durch Quotenzettel zu erreichen, sondern nur durch gute Bildung.

Leider muss man feststellen, dass sich die Bildungspolitik in vielen Bundesländern von der Qualität in der Bildung zugunsten reiner Quoten immer weiter entfernt und damit reale Chancen willkürlich aufs Spiel setzt. Eine Reform jagte die andere, bewährte erfolgreiche Schularten wie die Realschule wurden zerschlagen oder mit Hauptschulen zwangsfusioniert. Die Bildungsqualität wurde skrupellos parteipolitischem Machtkalkül geopfert.

Viele dieser so laut gepriesenen „Bildungsreformen“ sind aber nichts anderes als „Sparreformen“, die zu einer erheblichen Mehrbelastung der Lehrerinnen und Lehrer geführt haben. Versprochene Entlastungssysteme lassen noch immer auf sich warten.

Die Maxime, wonach „der Mensch erst mit dem Abitur begänne“, wird zunehmend als Belastung wahrgenommen. Die berufliche Bildung, das duale Ausbildungssystem, erfährt seitens der selbsternannten Bildungsexperten nicht mehr die ihm zustehende Wertschätzung. Sie fordern ständig eine Steigerung der Abiturquote, ohne dabei zu berücksichtigen, dass sich bei Bildungsabschlüssen Qualität und Quantität reziprok verhalten. Steigt das eine an, muss das andere sinken. D.h. Wenn durch bildungspolitische „Taschenspielertricks“ immer mehr Schülerinnen und Schüler Abitur machen und an die Universitäten strömen, heißt das nicht, dass alle reif für ein Studium sind, das diesen Namen verdient.

Man kann zwar die Abiturientenzahlen steigern, man kann durch inflationäre Notenvergaben immer mehr „Einser-Abiturienten“ hervorbringen, aber damit hat man noch lange nicht die Bildungsfähigkeit der Menschen gesteigert, was durch die hohen Abbrecherquoten, die z. B. in den Ingenieurwissenschaften inzwischen bei bis zu 45 % liegen, eindrucksvoll bewiesen wird.

Hier zeigt sich deutlich, dass so mancher Abiturient seine realen Chancen in anderen Bildungsgängen wie zum Beispiel in der dualen Ausbildung besser hätte verwirklichen können, was im Übrigen viele Studienabbrecher auch tun.

Ich sehe hier die Gefahr, dass sich in den Köpfen der Menschen festsetzt, dass nur „Gescheiterte“ in die duale Ausbildung gehen.

Dabei ist sie gleichberechtigt zur Hochschulausbildung zu sehen.

Ja, sie ist sogar ein Trumpf-As für den Standort Deutschland und hat in besonderem Maße dazu bei-

getragen, dass Deutschland die Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre so erfolgreich und ohne Einbruch am Arbeitsmarkt gemeistert hat.

Jürgen Böhm spricht vom Tunnelblick, mit dem sogenannte Bildungspolitiker jegliche Qualität der Abiturquote mit dem Argument, dass es doch nur gut sein könne, wenn so viele Menschen wie möglich studierten, opferten.

Bildung sei doch eine Investition in wirtschaftliches Wachstum und Produktivität. Auch seien die Ansprüche an einzelne Berufe derart gestiegen, was eine Verlagerung der Ausbildung an die Hochschulen notwendig mache. Auch das höhere Einkommen und die geringe Arbeitslosigkeit werden als Argumente vorgebracht.

Professor Julian Nida-Rümelin, ein sozialdemokratischer Bildungsexperte, führt eine Reihe von Gegenargumenten an, von denen ich hier nur einige aufgreifen will.

1. Es ist falsch jungen Menschen zu suggerieren, dass sie gescheitert sind, wenn sie nicht das Abitur erreichen und ein Studium aufnehmen.
2. Es ist falsch zu behaupten, dass Hochschulabsolventen immer ein höheres Einkommen erzielen. Gerade Absolventen der Geisteswissenschaften erzielen häufig ein deutlich geringeres Einkommen als Absolventen einer dualen Ausbildung. Das Institut für „Arbeit und Qualifikation“ an der Universität Duisburg berichtete kürzlich, dass ca. 700.000 Beschäftigte mit Hochschulabschluss im Niedriglohnssektor tätig sind und weniger als 9,30 €/Std. verdienen, als kaum mehr als den gesetzlichen Mindestlohn.

3. Es ist falsch immer mehr Berufsausbildungsgänge zu Hochschulstudiengängen umzubilden – das zeugt von mangelndem Respekt gegenüber der Qualität der beruflichen Bildung.

Ein weiteres Ansteigen der Studierendenquote führt zur Zerstörung des dualen Systems, um das uns viele Länder beneiden. Sogar bei der OECD zeichnet sich ein vorsichtiger Kurswechsel ab. So lobte sie vor kurzem das duale System Deutschlands und regte seine Einführung in anderen Ländern an. Allerdings hat das duale System bei der Fortsetzung des „Akademisierungswahns“ keine Zukunft.

Auch im Koalitionsvertrag von CDU und SPD steht: „Die berufliche Bildung in Deutschland ist ein Erfolgsmodell und bietet vielen Menschen eine hervorragende Qualifizierung und damit einhergehende positive Karriere- und Lebenschancen. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung unseres künftigen Fachkräftebedarfs und Wohlstands. Die Koalition wird einen Schwerpunkt auf die Stärkung der beruflichen Bildung legen.“ Diesen Koalitionsvertrag haben auch Politiker unterzeichnet, die zunächst im Gegensatz zu den Konservativen jahrzehntelang für eine unbegrenzte Ausweitung des Hochschulzugangs eingetreten waren und das Leistungsprinzip an den Schulen in Frage stellten?

In den vergangenen 10/12 Jahren aber hat sich eine beinahe allumfassende Koalition gebildet, die den fragwürdigen Zielsetzungen der OECD nacheifert.

Sogar die CSU rühmt sich der Verdopplung der Zahl der Abiturienten in diesem Zeitraum.

Die parteipolitischen Auseinander-

setzungen fokussierten sich auf Strukturfragen wie die Abschaffung der Haupt- und Realschulen oder deren Zwangsfusion zu Regional- und Gemeinschaftsschulen und klammerten die viel wichtigeren Bildungsinhalte weitgehend aus.

Dabei zeigte sich, wie Prof. Nidar-Rümelin ausführt, dass es nicht grundsätzlich konservativ ist sich gegen weitere Akademisierung auszusprechen und nicht grundsätzlich progressiv, diese zu befürworten. Nicht nur die GEW, sondern auch der BDI befürworten ausdrücklich eine weiter steigende Akademisierung. Im Jahr 2012 war erstmals die Zahl derer, die ein Studium aufnahmen höher als die derjenigen, die eine Lehre begannen.

Die große Lebenslüge der gegen-

wärtigen Bildungspolitik ist der Glaube an die unbegrenzte „Bildbarkeit“ des Menschen. Daraus folgt der Wahn, durch die „richtige“ Politik einem immer größeren Teil der Bevölkerung akademische Bildung verschaffen zu können, ohne deren Niveau radikal zu senken. So dient die viel gerühmte Kompetenzorientierung tatsächlich einer Kaschierung von Leistungsschwächen. Das „Upgrading“ der Abschlüsse ist daher größtenteils eine Bildungsillusion. Junge Menschen absolvieren Business- oder Managementstudiengänge und machen dann Jobs, für die ihren Müttern oder Vätern ein Realschulabschluss und eine kaufmännische Lehre reichte.

Es geht darum, den jungen Menschen Chancen zu eröffnen unter-

schiedliche Wege zu gehen und diese gleich wert zu schätzen.

Es geht darum schulische Angebote vorzuhalten, die diese unterschiedlichen Wege ermöglichen.

Wir brauchen keine Einheitsschulen und nivellierende Schulabschlüsse, sondern differenzierte Bildungsmöglichkeiten.

Bildungspolitische Strukturveränderungen dürfen nicht zu Lasten der Lehrerinnen und Lehrer gehen.

Lehrerinnen und Lehrer brauchen pädagogische Freiheit und keine Bevormundung.

Nur so sind „gute Bildung und reale Chancen“ zu verwirklichen.

Die Rede wurde gehalten auf dem IVL-Bildungskongress am 20. November 2014 in Nortorf.

SCHILLER | SIEVERS | STRUCK

Bäder & Fliesen

Galerie

D a s B a d a u s e i n e r H a n d

ZUVERLÄSSIG IN BERATUNG, PLANUNG UND AUSFÜHRUNG!

Ob klein, groß, für Singles, für Familien, barrierefrei, Standard oder ausgefallen, privat oder gewerblich. Wir finden die optimale Lösung für Sie!

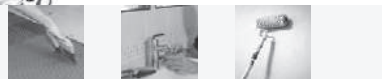
BESUCHEN SIE UNSERE AUSSTELLUNGSRÄUME:

► **HAMBURGER CHAUSSEE 349, 24113 KIEL**

Mo-Fr: 9.00-15.00 Uhr, Sa: 9.30-13.00 Uhr

*Unser Ferienservice:
Sie fahren in den Urlaub,
wir erneuern Ihr Bad.*

www.galerie-baeder-fliesen.de | Tel. 04 31-2 00 45 67



Beschlossene Anträge LVV 2014 in Nortorf

Leitantrag 1

Vorbereitung auf die Regelschule

Durch die Krisenherde im Nahen Osten rollt auf Deutschland und damit auch auf Schleswig-Holstein eine Flüchtlingswelle zu. Der Ministerpräsident fordert eine „Willkommenskultur“. Dies darf aber nicht nur ein Lippenbekenntnis bleiben, sondern es muss gewährleistet sein, dass vor allem die Kinder und Jugendlichen, die schulpflichtig sind oder werden, eine besondere schulische Unterstützung und Förderung erhalten. Vor dem Besuch der Regelschulen ist eine intensive sprachliche, kulturelle und gegebenenfalls psychologische Vorbereitung und Betreuung unbedingt zu gewährleisten.

Leitantrag 2

Inklusion

Das von der ehemaligen Bildungsministerin Wende vorgestellte Inklusionskonzept enthält keine konkreten Rahmenbedingungen und bedient sich undeutlicher Allgemeinplätze. Deshalb erneuern wir unseren Leitantrag aus dem Jahre 2013: Inklusion darf kein Einsparmodell sein. Sie ist nur mit entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen möglich.

Die IVL fordert daher die Schaffung angemessener Rahmenbedingungen für die Durchführung der Inklusion, d.h.

- Weg vom Quotenwahn
- Erhalt der Förderzentren als Schulen mit Schülerinnen und Schülern, um auch die häufig von Eltern gewünschten „Schonräume“ zu erhalten bzw. zu schaffen.
- Verlässliche Doppelbesetzung in

Integrationsklassen über den gesamten Schultag.

Leitantrag 3

Maßnahmenkatalog MSB

Lehrkräfte und Eltern warten immer noch auf den vom Ministerium angekündigten Maßnahmenkatalog zum Umgang mit „nicht beschulbaren Kindern und Jugendlichen“. Deshalb erneuern wir auch diesen Antrag und fordern das Ministerium für Schule und Berufsbildung auf, einen Maßnahmenkatalog für den Umgang mit „nicht beschulbaren Kindern und Jugendlichen“ zum Schutz der betroffenen Kinder, ihrer Mitschülerinnen und Mitschüler und im Rahmen der Fürsorgepflicht für deren Lehrkräfte zu entwickeln.

Leitantrag 4

Schulbegleiter / Assistenten

Die Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf führt dazu, dass immer mehr Schülerinnen und Schüler sogenannte Schulbegleiter und Assistenten erhalten. Nach Information der IVL gibt es für diese Schulbegleiter und Assistenten weder landeseinheitliche Anforderungen im Hinblick auf Eignung und Befähigung noch landeseinheitliche Qualifizierungsmaßnahmen.

Die IVL fordert das MSB auf, landeseinheitliche Anforderungskriterien festzulegen und ggf. notwendige Qualifizierungsmaßnahmen (kostenfrei und verbindlich) durchzuführen.

(1) Die IVL möge sich dafür einsetzen, dass der Einsatz von speziell ausgebildeten Lehrkräften (Sonderschulpädagogen) als Zweitbesetzung in allen Fächern in Inklusionsklassen der Gemeinschaftsschulen verlässlich gewährleistet ist.

Begründung:

Für die Schülerinnen und Schüler ohne sonderpädagogischen Förderbedarf stellen die Kinder mit einem solchen Förderbedarf eine erhebliche Belastung und Lernbehinderung dar, die sie im Vergleich zu Klassen ohne I-Schüler ins Hintertreffen kommen lassen. Außerdem dürfte die Zahl von Lehrkräften, die gleichzeitig auf vier Leistungsebenen erfolgreich unterrichten können, verschwindend gering sein. Die derzeitige Praxis setzt die Lehrkräfte einer sehr hohen physischen und psychischen Belastung aus, die auf längere Sicht zu gesundheitlichen Problemen führen muss.

(2) Die IVL möge sich dafür einsetzen, dass Sonderschulpädagogen den Regelschulen fest und in ausreichender Zahl zugeordnet werden, der Dienstaufsicht der Schulleitung unterliegen und durch diese dem schulinternen Bedarf entsprechend eingesetzt werden.

(3) Die IVL möge sich dafür einsetzen, dass Klassen mit Integrationskindern mit dem Förderschwerpunkt L und E dauerhaft in fester Doppelbesetzung mit einer Sonderschullehrkraft betreut werden.

Begründung:

Inklusion ist ein unbestrittenes, hohes Ziel unserer Schulen. Damit diese erfolgreich für alle Beteiligten, also Schüler und Lehrer, gestaltet werden kann, ist neben den sachlichen Begebenheiten eine gute professionelle Personalausstattung unverzichtbar. Um die katastrophale gegenwärtige Situation mit Frustration und Überforderung auf Seiten der Sonderschullehrer an Regelschulen und Regelschullehrern im Umgang mit den sich neu ergebenden Unterrichtssituationen aufzulösen, fordert die IVL

bei Klassen mit Integrationskindern (Förderschwerpunkt L und E) eine feste Dauerbesetzung mit Sonderschullehrern und Regelschullehrern.

(4) Die IVL möge sich dafür einsetzen, das Stundendeputat für notwendige Doppelbesetzungen im Unterricht nicht zu kürzen und dafür Sorge zu tragen, dass diese unterrichtsstützende Maßnahme auch verlässlich durchgeführt wird. Eine für die Doppelbesetzung eingeplante Lehrkraft darf nicht zum Vertretungsunterricht herangezogen werden.

Begründung:

Eine effektive Binnendifferenzierung gerade in den Klassen 5 und 6 ist angesichts des ständig wachsenden Arbeitsaufwandes von einer Lehrkraft nicht zu leisten.

(5) Die IVL-SH beobachtet mit großer Sorge, dass seit der Abschaffung der Realschulen das Fach Französisch zunehmend an Bedeutung verloren hat. Dies ist angesichts der europäischen Integration und vor dem Hintergrund der deutsch französischen Beziehungen ein nicht hinnehmbarer Zustand. Deshalb verlangen wir, dass Französisch in Klasse 6 in Form eines propädeutischen Orientierungskurses verbindlich eingeführt wird, um einem weiteren Qualitätsverlust der Bildung vorzubeugen.

Begründung:

Französisch ist Amtssprache in der EU.

(6) Die IVL möge sich für die Gewährleistung des Fachunterrichts in den Fächern Biologie, Chemie und Physik ab der achten Klassenstufe einsetzen, um die Schülerinnen und Schüler gut auf eine Berufsausbildung oder weitere schulische Bildungsgänge vorzubereiten.

(7) Die IVL möge sich dafür einsetzen, dass die Schülerzahlen pro Klasse auf maximal 20 Kinder beschränkt werden.

Begründung:

Eine individuelle Betreuung aller Schüler/innen in sämtlichen auftretenden Leistungsniveaus ist bei Klassen mit über 24 Kindern von einer Lehrkraft nicht zu leisten. Insbesondere sind die Schüler/innen mit Lernschwächen auf zeitintensive Betreuung angewiesen. Höhere Schülerzahlen pro Klasse bedeuten zudem einen höheren Geräuschpegel sowie häufigere Störungen des Unterrichts und beeinträchtigen daher den Lernerfolg. Der mit höheren Schülerzahlen verbundene erheblich höhere Arbeitsaufwand (mehr Korrekturen, mehr Schülergespräche, mehr Elterngespräche etc.) ist von den Lehrkräften nicht mehr leistbar und nicht mehr zumutbar.

(8) Die IVL-SH möge sich dafür einsetzen, dass vor Einführung von Neuerungen, die den Unterricht betreffen, Muster-Curricula rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden.

(9) Die IVL-SH fordert die generelle Beibehaltung der Ziffernnoten ab Klassenstufe 3. Dies dient auch einer verlässlichen Information bei der Entscheidung der Schulartwahl für die weiterführende Schule und verhindert (verringert) die Gefahr eines Schulversagens durch Über- oder Unterforderung. Dies gilt im Besonderen für Kinder mit Migrationshintergrund.

(10) Die IVL möge sich dafür einsetzen, dass ab Klassenstufe 5 wieder verbindlich Noten erteilt werden.

(11) Die IVL sieht sich in ihren Befürchtungen bestätigt, was die Schülerzahl an den neu eingerichteten Oberstufen an Gemeinschaftsschu-

len angeht. Die geforderte Mindestschülerzahl ist in jeder zweiten der neuen Oberstufen deutlich verfehlt worden.

Die IVL fordert zukünftig ein striktes Einhalten der vom Ministerium festgelegten Bedingungen.

(12) Die IVL möge sich dafür einsetzen, dass den Beamtinnen und Beamten des Bundeslandes Schleswig-Holstein wieder ein angemessenes Weihnachtsgeld gewährt wird.

(13) Die IVL möge sich dafür einsetzen, dass den Beamtinnen und Beamten rückwirkend für die Zeit der Aussetzung nachträglich die Jubiläumsgratifikation für das 40jährige Dienstjubiläum gewährt wird.

(14) Die IVL-SH möge sich dafür einsetzen, dass Fortbildungsveranstaltungen zu schulpolitischen Neuerungen rechtzeitig vor Einführung stattfinden, um unnötige Arbeit in den Kollegien zu verhindern.

(15) Die IVL möge sich für die Herabsetzung der Pflichtstundenzahl um zwei Unterrichtsstunden zur Kompensation der Mehrarbeit, die im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Schulsystems entstanden ist, einsetzen. (Inklusion, erhöhter Abstimmungsbedarf, differenzierte Vorbereitung, Entwicklung differenzierter Bewertungssysteme)

(16) Die IVL – SH möge sich für die Umsetzung folgender Staffelung der Altersermäßigung einsetzen:

Ab dem 55. Lebensjahr:

1 Unterrichtsstunde Ermäßigung

Ab dem 58. Lebensjahr:

2 Unterrichtsstunden Ermäßigung

Ab dem 60. Lebensjahr:
3 Unterrichtsstunden Ermäßigung

Ab dem 63. Lebensjahr:
5 Unterrichtsstunden Ermäßigung

Jeweils ohne zusätzliche Arbeitsmehrbelastung in anderen schulischen Bereichen.

Begründung:

Ständig zunehmende Mehrbelastung der Lehrkräfte – auch in Bereichen, die das Ministerium an die Schulen abgibt (Zeugnisse gestalten, WPU ...). Mit dem „2 – Stunden – Sprung“ ab dem 63. Lebensjahr könnte erreicht werden, dass mehr Lehrkräfte keine vorzeitige Pensionierung anstreben, dieses könnte wiederum der finanziellen Situation im Lande helfen.

(17) Die IVL möge darauf hinwirken, dass Klassenleiterinnen und Klassenleiter grundsätzlich nur eine um mindestens eine Stunde verringerte Wochenstundenzahl unterrichten müssen.

Begründung:

Die Anforderungen an Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer haben sich in den letzten Jahren gravierend erhöht, die tatsächliche Wochenarbeitszeit klafft im Vergleich zu anderen Kolleginnen und Kollegen ohne Klassenleitertätigkeit immer weiter auseinander. Die Integration von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen, eine zunehmend problematischere Schülerschaft mit der Folge zahlreicher Gespräche und Sanktionierungen sowie nicht zuletzt die überbordende Bürokratie haben zu einer deutlichen Arbeitszeiterhöhung für Klassenlehrerinnen und Klassenlehrern geführt. Mindestens eine Ermäßigungsstunde ist hier als Entlastung dringend erforderlich.

(18) Die IVL möge das Ministerium für Schule und Berufsbildung dringend auffordern, die Betreuung von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen so zu gestalten, dass in schwerwiegenden Fällen sowie generell auf Elternwunsch die problemlose Möglichkeit einer Beschulung an einer Förderschule besteht. Im Falle einer Integration in eine Regelschule muss der Betreuungsschlüssel durch Förderschullehrkräfte mindestens verdoppelt werden, um zumindest in Kernfächern eine minimal ausreichende Beschulung zu ermöglichen.

(19) Die IVL möge das Ministerium für Schule und Berufsbildung auffordern, eine aktuelle Statistik vorzulegen, in welchem Umfang Schwimmunterricht an den Schulen in Schleswig-Holstein tatsächlich erteilt wird.

Begründung:

Der prozentuale Anteil von Kindern, die schwimmen können, ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Außerdem ist eine besorgniserregende Zunahme von Badeunfällen bei Kindern und Jugendlichen zu verzeichnen. Schwimmen ist eine gesunde Sportart, die außerdem Leben retten kann. Nichtschwimmer erleben Ausgrenzung durch Mitschüler/innen bei gemeinsamen Klassenaktivitäten.

(20) Die IVL möge sich dafür einsetzen, dass die Kosten für Klassenfahrten für die Lehrkräfte in vollem Umfang übernommen werden.

(21) Die IVL-SH möge sich dafür einsetzen, dass das Land einen regelmäßigen „runden Tisch“ mit den Fachverbänden einrichtet.

Anträge IVL intern

(1) Die VDR Bundeszeitschrift „Reale Bildung in Deutschland“ erscheint 6-mal im Jahr und erreicht somit auch alle IVL Mitglieder. Dies sollten wir nutzen und durch das IVL-Magazin als „Einheftung“ in die Bundeszeitschrift unsere Mitglieder alle zwei Monate neben unserer Homepage aktuell zu informieren. Der Umfang der „Einheftung“ des IVL-Magazins ist dabei flexibel zu gestalten. Andere Landesverbände planen eine ähnliche Vorgehensweise.

(2) Der dbb passt jedes Jahr seine an ihn abzuführenden Beitragsanteile in vollem Umfang an die Gehaltsentwicklung an. Die IVL-SH hat demgegenüber ihre Beiträge in den vergangenen Jahren konstant gehalten.

Um den Leistungsumfang der IVL-SH in der bisherigen Qualität aufrecht zu erhalten, ist es erforderlich, den Beitrag gemäß der Lehrerbesoldung in Schleswig-Holstein anzupassen. Dies soll immer zum 1. Januar des Folgejahres geschehen; d.h. zum 1. Januar 2015 erhöht sich der Beitrag um 2,75 %.

Wir wollen in Kontakt bleiben.

Die Kommunikation mit unseren Mitgliedern kann nur dann gut sein, wenn wir jeden Einzelnen auch erreichen können. Leider ist das nicht immer der Fall. Post kommt zurück, weil die Anschrift sich verändert hat, E-Mails werden als nicht zustellbar deklariert und der Bankabruf läuft ins Leere.

Bitte wenden Sie sich an unseren Landesgeschäftsführer oder verwenden Sie doch einfach das auf unserer Homepage zur Verfügung stehende Online-Formular im Mitgliederbereich, um uns die Veränderungen mitzuteilen.

Wir möchten, dass Sie für uns erreichbar bleiben und wir den Kontakt untereinander nicht verlieren.

Nachruf

Rektor i. R.

Hans-Georg Kabelitz

ist im Alter von 91 Jahren verstorben.

Er unterrichtete von 1966 bis 1986 an der von ihm mit aufgebauten selbständigen Realschule in Wahlstedt, zunächst als Realschullehrer später als Realschuldirektor. Er war ein allseits beliebter Pädagoge und war immer auf das Wohl seiner Schülerinnen und Schüler, seiner Kolleginnen und Kollegen bedacht und das auch außerhalb der Schule.

Für den IVL-Bezirk VIII (früher VDR)

Michael Strobel – Bezirksvorsitzender



Wir haben für jede Situation das Richtige für Sie

Kommen Sie zur HUK-COBURG. Ob für Ihr Auto, Ihre Gesundheit oder für mehr Rente: Hier stimmt der Preis. Sie erhalten ausgezeichnete Leistungen und einen kompletten Service für wenig Geld. Fragen Sie einfach! Wir beraten Sie gerne.

Kundendienstbüros

Sabine Henning

Tel. 0451 45056123
Fax 0451 45056121
Fackenburger Allee 9, 23554 Lübeck

Norbert Schwengers

Tel. 0451 8104184
Fax 0451 8104185
Krempelsdorfer Allee 42-44
23556 Lübeck

Heidi Orminski

Tel. 0451 5821370
Fax 0451 5821377
Ratzeburger Allee 111-125
23562 Lübeck

Daniela Bievor

Tel. 0451 66902
Fax 0451 6110560
Arnimstraße 12 B, 23566 Lübeck

Jutta Peters

Tel. 04521 7900883
Fax 04521 7900884
Lübecker Straße 44, 23701 Eutin

Sandra Rebenstorf

Tel. 0431 35531
Fax 0431 35537
Holtener Straße 352, 24106 Kiel

Birgit Vermehren

Tel. 0431 726677
Fax 0431 726629
Schönberger Straße 24, 24148 Kiel

Anke Feldes

Tel. 04351 667755
Fax 04351 667757
Langebrückstraße 26, 24340 Eckernförde

Jutta Grimmelmann

Tel. 04321 2720
Fax 04321 22231
Hauptstraße 30, 24536 Neumünster

Thomas Korsch

Tel. 04331 22927
Fax 04331 21889
Friedrichstädter Straße 50
24768 Rendsburg

Anke Feldes

Tel. 04621 27627
Fax 04621 20193
Am Lornsenpark 6, 24837 Schleswig

Andreas Beu

Tel. 0461 9403111
Fax 0461 9403110
Ochsenweg 17, 24941 Flensburg

Bettina Tempich-Braunhart

Tel. 0461 13093
Fax 0461 180092
Bismarckstraße 40, 24943 Flensburg

Klaus Kellermann

Tel. 0481 78769126
Bahnhofstraße 22a, 25746 Heide

Ulrich Markowsky

Tel. 04841 6622900
Fax 04841 6622980
Einhorn Passage Markt 10-12, 25813 Husum



HUK-COBURG

Aus Tradition günstig

Kooptierte Mitglieder des Landesvorstands

IVL-Vertreterin im HPR (L)

Brigitte Vöge-Lesky, s. Landesvorstand

IVL-Vertreter im dbb

Hans-Günther Pinn, s. Landesvorstand

Vertreter der LiV

Christian Hammerschmidt, Heinrich-Boschen-Str. 21, 25421 Pinneberg
Tel.: 04101 – 838 78 36 · Mail: christian.hammerschmidt@gmx.de

Geschäftsführer

Michael Strobel, Mühlenweg 23, 24640 Schmalfeld
Tel.: 04191 - 6 02 62 · Mail: info@ivl-sh.de
Fax: 04191 - 6 09 13 · Mobil: 01525 – 543 46 20

Bezirksvorsitzende

I NORDFRIESLAND – SCHLEWIG/ FLENSBURG (WEST)

Günter Jacobsen,
Dahlacker 2a, 25866 Mildstedt
Tel.: 04841 – 77 26 06 · Mail: guenter-jacobsen@t-online.de

II DITHMARSCHEN

Johannes Willer, Josenburger
Weg 1, 25541 Brunsbüttel
Tel.: 04852 – 32 46 · Mail: c.willer@t-online.de

III RENDSBURG – ECKERNFÖRDE SCHLESWIG/FLENSBURG (OST)

Sabina Heunemann,
Steinberg 153, 24107 Kiel
Tel.: 0431 – 36 49 599 · Mail: sabina2710@web.de

IV LAUENBURG - LÜBECK

Stefan Bieger,
Bergstr. 21, 21481 Schnakenbek
Tel./Fax: 04153 - 31 92 · Mail: sbieger@kabelmail.de

V UNTERELBE (PINNEBERG/STEINBURG)

Wolfgang Gebers,
Am Gehölz 51, 25436 Uetersen · Tel.: 04122 – 4 44 50

VII KIEL – OSTHOLSTEIN – PLÖN

Brigitte Kliegis,
Konsul-Lieder-Allee 36, 24226 Heikendorf
Tel.: 0431 – 33 11 44 · Mail: brigitte@kliegis.de

VIII SEGEBERG - STORMARN

Michael Strobel,
s. Geschäftsführer

Ehrenmitglieder

Eberhard Bohn,
24568 Kaltenkirchen

Peter Fick,
23566 Lübeck

Hans-Uwe Jürgensen,
24161 Altenholz

Gerhard Kreft,
24223 Schwentinental

Friedrich Möller,
24537 Neumünster

Helmut Petersen-Schmidt,
25746 Heide

Hannelore Regber,
24598 Boostedt

Grußwort von Helmut Siegmon zum IVL-Bildungskongress 2014

Liebe Grete, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich bedanke mich herzlich für die Einladung zum Jahreskongress der IVL.

Es ist ja schon eine lange und gute Tradition, dass wir uns gegenseitig besuchen. Es ist auch Ausdruck unserer jahrzehntelangen erfolgreichen Zusammenarbeit.

Mit den radikalen Reformen der Küstenkoalition spüren wir Lehrerinnen und Lehrer über alle Schularten hinweg, dass wir in einem Boot sitzen und dass wir es sind, die am Ende die unausgegorene bittere und teure Reformsuppe auslöffeln müssen.

Das dicke Ende kommt nämlich noch! Das ist es wohl auch, was die Küstenkoalition angesichts des Endes der finanziellen Glückssträhne fürchtet: Die Reformen werden scheitern, weil die zwingend notwendigen Mittel nie zur Verfügung stehen werden – das ist mittlerweile auch die späte Einsicht der GEW, die bisher die Reformen stets begrüßt hat.

Die Küstenkoalition hat es in kürzester Zeit geschafft, sich mit allen maßgeblichen Gruppen im Bildungsbereich anzulegen. Hochschulen, Studenten, Eltern, Schüler, Studienleitern – mit uns Lehrerinnen und Lehrern aller Schularten sowieso. Frau Wende fiel der Politik des „stegnerischen“ Affronts als erste zum Opfer.

Zweiundzwanzig Prozent sind ein unterirdischer Zustimmungswert für den Bereich Bildung. Zweiundzwanzig Prozent signalisieren einen dramatischen Vertrauens- und

Glaubwürdigkeitsverlust. Die Bürger haben die Strategie der Küstenkoalition auf dem Weg zur Einheitsschule durchschaut und die Rigorosität als Unumkehrbarkeitskalkül erkannt.

In den Lehrerkollegien rumort es gewaltig. Verbale Fehlritte der beauftragten Bildungsexperten der Küstenkoalition haben zur Empörung und Frustration beigetragen.

Wir haben beschlossen nicht dem Flucht- oder Totstellreflex zu unterliegen sondern laut zu widersprechen und Widerstand gegen den reformpädagogischen Konformismus des vorigen Jahrhunderts zu leisten. Resignation ist ungesund und schadet unserer pädagogischen Autorität vor den Schülern. Wir zeigen Rückgrat. Demokratie braucht Widerspruch! Die Studenten haben es vorgemacht.

Während die Regierung jetzt auf einmal hilflos nach Ruhe ruft, melden wir ausdrücklich Korrekturen der falschen Weichenstellungen an – bevor es bergab noch teurer wird.

Wir fordern eine schulartbezogene Lehrerbildung. Wir fordern eine faire zweijährige Referendarausbildung. Wir verlangen kleinere Lerngruppen in dem Maße, in dem die Lerngruppen immer heterogener werden. Wir fordern ein Ende der auf Verschleiß programmierten Unterversorgung der Schulen und einen Abbau der ausufernden bürokratischen Dokumentationspflichten und pädagogischen Bevormundung. Wir fordern eine echte Berechnung von Kosten und eine konsequente Kompensation der Zeitbedarfe, die durch die Vielzahl der Reformen auf die Lehrkräfte und Schulleitungen

eingestürzt sind und zermürbend wirken.

Zu glauben, dass Bildungsstruktur-reformen auf hundert Baustellen sich mal eben mit Ausbildung, Fortbildung und zig Kooperationen zum Nulltarif und Probleme mit warmen Worten erledigen lassen, handelt realitätsfern und verantwortungslos. Nein, jede Reform kann nur gelingen, wenn man die Kosten der Umsetzung überhaupt kennt und zu zahlen bereit ist – und das sind fünfundzwanzig Prozent! Wie gesagt, das dicke Ende kommt noch und es wird sich zeigen, dass man für die vielen neu geschaffenen Bedarfe und Überkapazitäten jeden Euro nur einmal ausgeben kann.

Wenn die Regierung jetzt nach den rigorosen Weichenstellungen zur Einheitsschule, zum Einheitslehrer und zum einheitlichen Curriculum auf einmal nach Ruhe ruft, wird sie das verspielte Vertrauen nicht wiedergewinnen.

Diese SPD geführte Regierung hat den gesteigerten Unterrichtsausfall zu verantworten, diese Regierung hat die Steigerung des Krankenstandes zu verantworten, diese Regierung hat die Abwanderung der besten Lehramtskandidaten mit Mangelfächern zu verantworten. Und diese Regierung hat den überall außerhalb Schleswig-Holsteins wahrnehmbaren Ansehens- und Attraktivitätsverlust Schleswig-Holsteins im Bildungsbereich zu verantworten.

Dabei wäre Bildungspolitik schon gut, wenn sie dafür sorgte, dass hundert Prozent Unterricht stattfindet, die Besten für diesen Beruf gewonnen werden und als

Lehrerinnen und Lehrer mit Freude auf höchstem fachlichen Niveau unterrichten und gesund bleiben. Darum hat sich die Regierung zweieinhalb Jahre viel zu wenig gekümmert und im Streit lieber unzählige Gesetzes- und Verordnungsbaustellen mit erheblichen Risiken und Nebenwirkungen errichtet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist nicht abwegig, mit Ihrem Motto der „...Realen Chancen“ und mit Blick auf die Nachwuchssorgen im Bereich der beruflichen Bildung das Konzept der Realschule neu zu denken. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg in Ihrer verbandlichen Arbeit. Vielen Dank.

Helmut Siegmon, Vorsitzender Philologenverband Schleswig-Holstein

IVL zur 20%-Klausel im Aufnahme-Erlass: Schulministerium benachteiligt Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufen – „Das ist bildungspolitisches Pharisäertum!“

Der Erlassentwurf der Schulministerin Britta Ernst (SPD), nach dem Gemeinschaftsschulen festlegen können, dass 20% der Schulplätze für Viertklässler mit sog. „überfachlichen Kompetenzen“, also einer verklausulierten Gymnasialempfehlung, freigehalten werden können, sorgt für erhebliche Kritik bei der Interessenvertretung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein (IVL).

„Damit geraten Gemeinschaftsschulen ohne eigene Oberstufe ins

Hintertreffen, weil sie angesichts sinkender Schülerzahlen leistungsschwächere Schüler aufnehmen müssen, die an Schulen mit Oberstufe abgewiesen wurden“, so die IVL-Landesvorsitzende Grete Rhenius.

Nach Ansicht der IVL sorgt die Ministerin damit für erneute Unruhe und heizt damit weiter den kräfteverschleißenden Konkurrenzkampf der Schulen im Land an. Rhenius: „Zuerst war es die Schlechterstellung der Regionalschulen gegenüber den Gemeinschaftsschulen, jetzt werden letztere wiederum gespalten, um politische Ziele durchzusetzen.“

Die Gründe und Ziele dieses Erlasses liegen laut IVL auf der Hand: Zunächst habe sich gezeigt, dass offenbar nicht ausreichend Gymnasialempfohlene an den Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe angemeldet worden seien, sondern am Gymnasium. Weiter befürchte man offenbar, dass die Gemeinschaftsschuloberstufen schlechter abschneiden könnten als die Gymnasien, wenn es beim Zentralabitur zum Schwur komme. Zudem würden weitere Begehrlichkeiten nach weiteren Mini-Oberstufen geweckt.

„Alle Bekenntnisse zu ‚Starken Gemeinschaftsschulen neben starken Gymnasien‘ werden damit als bildungspolitisches Pharisäertum entlarvt. Anstatt nach dem gescheiterten Projekt der ‚Notenfreien Grundschule‘ den Irrweg der Einheitsschule zu verlassen, soll nun offenbar der ausgebliebene Erfolg der eigenen Bildungspolitik per Erlass erzwungen werden“, so Rhenius abschließend.

Tade Peetz, Pressereferent IVL-SH, 8. Dezember 2014

IVL zur Beschulungssituation von Flüchtlingskindern und Asylsuchenden durch Senior Teacher: Ministerin sagt Prüfung des IVL-Vorschlags zu

Schleswig-Holsteins Schulministerin Britta Ernst hat im Rahmen eines Gesprächs mit der Landesvorsitzenden der Interessenvertretung der Lehrkräfte (IVL) und ihrem Stellvertreter Tade Peetz zugesagt, deren Vorschlag, den Einsatz sog. „Senior Teachers“ zur Verbesserung der Situation von Flüchtlingskindern und Asylsuchenden als Maßnahme prüfen zu lassen und dies ggf. in ihr Konzept aufzunehmen.

Diese Problematik war in Form eines Leittrags Ende November bei der IVL-Landesvertreterversammlung thematisiert und einstimmig als dringende Aufgabe der Landesregierung formuliert worden.

„Wir sehen darin eine große Chance, den bei uns in Schleswig-Holstein Schutz suchenden Menschen durch systematischen Sprach- und Schriftenerwerb den Zugang zu unserer Kultur zu erleichtern und Barrieren abzubauen“, erklärt Rhenius.

Bereits im Januar und März 2014 hatte das Ministerium kurz vor der Pensionierung stehende und kürzlich pensionierte Lehrkräfte angeschrieben, um dem Stundenausfall im Regelunterricht zu begegnen. Diese Praxis war von der IVL kritisiert worden, da sie keine Antwort auf strukturelle Defizite in der Personalpolitik liefere.

Rhenius: „Seinerzeit hatten sich nur knapp 7% der rund 2200 angeschriebenen Kolleginnen und Kollegen gemeldet. Für uns nicht

überraschend, da viele den jüngeren Lehrkräften nicht die Arbeit wegnehmen oder schlichtweg ihre Pensionierung aus dem Regelschuldienst genießen wollen.“

Aus Verbandssicht besteht die berechtigte Hoffnung, dass sich auf diesem Gebiet mehr Pensionäre engagieren werden.

„Berufsethos und Altruismus ist bei Lehrkräften besonders ausgeprägt. Dieses Potenzial lässt sich durchaus aktivieren, wenn es um die Lösung solcher gesellschaftlicher Herausforderungen geht. Wir hoffen, dass Ministerin Ernst unseren Vorschlag ernsthaft prüft und aufnimmt. Es wäre ein wichtiger professioneller Baustein neben dem zum Teil hohen ehrenamtlichen Engagement, das vielerorts zur Integration der Schutzsuchenden beiträgt“, ergänzt Peetz abschließend.

*Tade Peetz, Pressereferent IVL-SH,
9. Dezember 2014*

IVL zur 100-Tage-Bilanz von Ministerin Ernst: Was wird Gegenstand der Evaluation? – Eine brauchbare Unterrichts Ausfallstatistik liegt nicht vor

Als positiv nimmt die Interessenvertretung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein (IVL) die Absicht der Schulministerin Britta Ernst auf, dass ein „Akzent“ ihrer Politik die „Verbesserung der Qualität von Schule und Unterricht“ sein soll.

„Allerdings muss ein Qualitätsbegriff zunächst klar definiert sein, anhand präziser festgelegter und offengelegter Kriterien ermittelt werden

können, die Informationen dazu empirisch erhoben und deren Bewertung anhand festgelegter Kriterien systematisch bewertet werden. Auf das mit Schulleitungen und dem IQSH erarbeitete Modell sind wir gespannt“, erklärt die IVL-Landesvorsitzende Grete Rhenius.

Die geplante Verdoppelung der Schulpsychologen-Stellen begrüßt die IVL, auch wenn diese aus dem Lehrerstellen-Kontingent abgezogen werden. Auch die Rückkehr zur Aufstockung des Vertretungsfonds sei ein gutes Zeichen, jedoch erinnert die IVL daran, dass es erst die Politik der Amtsvorgängerin Wende war, die die personellen Lücken gerissen habe.

Leider liegen immer noch keine Ergebnisse des Stundenausfallerfassungssystems PUSH vor, das das verschleierte ODIS ablösen soll.

„Der beste Unterricht ist der derjenige, der auch real stattfindet“, findet Rhenius und fordert, dann auch gleich die Gründe für Stundenausfälle zu analysieren.

„Wir sind als Verband fest davon überzeugt, dass es gerade das Spannungsfeld ‚Inklusion‘ ist, das vor Ort zu schulischen Problemen führt und hoffen, dass die Erfahrungen, Sorgen und Nöte der Kolleginnen und Kollegen im angekündigten ‚Bildungsdialog‘ dieses Mal ernst genommen werden“, so Rhenius.

*Tade Peetz, Pressereferent IVL-SH,
16. Dezember 2014*

Wie gravierend sind die Probleme mit der Handschrift?

Lehrerverband startet eine bundesweite Umfrage.

Das Problem, dass die Handschrift im Alltag zurückgedrängt wird, hat offenbar auch die Schulen erreicht. Der Deutsche Lehrerverband (DL) stellt fest, dass sich Klagen aus der Lehrerschaft über Probleme mit der Handschrift von Schülern häufen. „Der Anteil der schreibschwachen Kinder und Jugendlichen dürfte zwischen 20 und 50 Prozent liegen“, schätzt DL-Präsident Josef Kraus. Er und sein Verband wollen jetzt genauer wissen: Wie gravierend sind die Probleme mit dem Handschreiben tatsächlich? Und was lässt sich dagegen tun? Der Deutsche Lehrerverband hat deshalb nun eine bundesweite Umfrage unter Lehrern gestartet, die Antworten auf diese Fragen liefern soll.

Kraus dazu: „Wir möchten auf die Probleme mit der Handschrift öffentlich aufmerksam machen. Dazu benötigen wir zunächst einmal eine Bestandsaufnahme. Dann wollen wir der Politik geeignete Maßnahmen vorschlagen. Ohne den Ergebnissen vorgreifen zu wollen, so ist doch deutlich: Wir benötigen mehr Förderung der Grob- und Feinmotorik schon in den Kindertagesstätten und dann in den Grundschulen.“ Kraus betont, dass es tendenziell einen Zusammenhang zwischen Lernleistung von Schülern und der Güte ihrer Handschrift gebe. „Wer gut und versiert schreibt, der prägt sich Geschriebenes besser und konzentrierter ein, er ist intensiver bei der Sache, er schreibt bewusster, setzt sich intensiver mit dem Inhalt und dem Gehalt des Geschriebenen auseinander.“

Josef Kraus bittet die Kolleginnen und Kollegen um rege Teilnahme

an der Umfrage, die ab sofort online unter der Adresse „www.4teachers.de“ erreichbar ist. Getrennte Fragebögen für Grundschullehrkräfte und Lehrer weiterführender Schulen sollen die unterschiedlichen Perspektiven erfassen. Der Deutsche Lehrerverband kooperiert bei der Umfrage mit dem Schreibmotorik Institut e.V., Heroldsberg, das auf diesem Gebiet forscht und arbeitet.

Für den Inhalt verantwortlich:
Anne Schirrmacher, Karen Ullrich (DL),
07.11.2014

Lehrerverband zum Burnout-Gutachten des „Aktionsrats Bildung“:

„Lehrer nicht noch mehr zur Selbstausschöpfung drängen!“

- **„Was manche deutsche Länder mit Lehrern treiben, ist Zynismus.“**
- **„Schulen sind durch permanente Reformitis sowie durch stets neue Aufgaben maßlos überfordert.“**

Auf der Podiumsdiskussion anlässlich der Vorstellung des Gutachtens „Psychische Belastungen und Burnout beim Bildungspersonal“ nahm Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL), wie folgt Stellung:

„Erstens: Das Manko des vorliegenden Gutachtens ist seine verengte Sichtweise. Stress im Beruf hat aber immer zwei Seiten. Im vorliegenden Gutachten geht es ausschließlich um die subjektive Seite von Stress, vor allem um die Frage, wie man speziell in Erziehungs- und Bildungsberufen mit Belastungen fertig wird. Hierzu enthält das Gutachten interessante

Ansätze. Was aber fehlt, ist die Analyse der objektiven Belastung der Berufe in Kindergarten, Schule, Berufsbildung und Hochschule.

Zweitens: Maßgebliche Stressoren in diesen Berufen sind die chronische Reformitis, die Teile der Bildungsforschung und der Bildungspolitik geradezu pflegen; ferner die permanente Überforderung etwa der Schulen mit neuen Aufgaben, denen sie mangels geeigneten Personals nicht gewachsen sein können. Hier sind aktuell vor allem die gewaltigen Herausforderungen der Schulen durch Inklusion und durch die Beschulung mehrerer zehntausend Kinder von Flüchtlingen zu sehen.

Drittens: Ein besonderer Stressor ist, dass viele Lehrerinnen und Lehrer keine Chance mehr haben, zwischen Beruf und Privatleben zu trennen. Die umfangreichen Vorbereitungs- und Korrekturarbeiten, die zwangsläufig zu Hause erledigt werden müssen, machen ein ausgeglichenes Privatleben kaum noch möglich.

Viertens: Erzieher und Lehrer resistenter gegen Stress machen zu wollen ist in Ordnung. Solche Maßnahmen dürfen aber nicht darauf hinaus laufen, Erzieher und Lehrer noch mehr zur Selbstausschöpfung zu drängen. Beispiele wie in Niedersachsen darf es nicht geben: Dort wird einem großen Teil der Lehrerschaft eine Arbeitszeitverlängerung aufs Auge gedrückt; zugleich sollen pädagogische Kompetenzzentren von Universitäten für Lehrer Seminare anbieten mit Titeln wie ‚Entspannte Präsenz im Schulalltag‘. Das ist Zynismus pur.“

Für den Inhalt verantwortlich:
Anne Schirrmacher, Karen Ullrich (DL),
10. Dezember 2014

dbb Tarifrunde 2015

5,5 Prozent Einkommensplus, mindestens aber 175 Euro mehr, lautet die Forderung des dbb beamtenbund und tarifunion für die Einkommensrunde im öffentlichen Dienst der Länder, die am 16. Februar 2015 startet. Auszubildende sollen eine Einmalzahlung von 100 Euro erhalten und dauerhaft übernommen werden. Das Tarifergebnis soll zudem zeit- und inhaltsgleich auf die 2,2 Millionen Beamten und Versorgungsempfänger der Länder und Kommunen übertragen werden. Das beschlossen Budestarifkommission und Bundesvorstand des dbb am 18. Dezember 2014 in Berlin.

„Die Infrastruktur in Deutschland wird von Bürgern und Wirtschaft geschätzt und genutzt. Allerdings ist ihre Qualität zunehmend bedroht, weil eine wesentliche Säule dieser Infrastruktur, der öffentliche Dienst der Länder, kaputtgespart wird“, sagte dbb-Vize und Vorstand Tarifpolitik Willi Russ in Berlin. Wenn Arbeitgebern wie Dienstherren nicht endlich klar wird, dass sie in ihr Personal investieren müssen, werde es Deutschland in Zukunft schwer haben, Herausforderungen wie den demografischen Wandel, Zuwanderung und Digitalisierung zu schultern, warnte Russ, der die Tarifverhandlungen für den dbb führen wird.

Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt betonte die Bedeutung der anstehenden Tarifrunde für den Beamtenbereich: „Die Deckelungs-, Streckungs- und Kürzungspraxis aus dem Jahr 2013, die mit Ausnahme von Bayern und Hamburg in allen Bundesländern an den Tag gelegt wurde, ist entwürdigend.“

Die schleswig-holsteinische dbb-Chefin Anke Schwitzer sagte in

Berlin: „Wir werden in Schleswig-Holstein diese berechnigte Tarif-Forderung voll und mit aller Macht unterstutzen. Für mich ist die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses in Schleswig-Holstein eine Frage der Gerechtigkeit!“

*Christian Pagel,
Landesgeschäftsführer, 18.12.2014*

Seniorenvertretung im dbb schleswig-holstein

Im dbb schleswig-holstein existiert seit dem gestrigen 23.9.2014 eine Seniorenvertretung.

„Damit ist die immer mehr an Bedeutung gewinnende Seniorenarbeit auf ein solides Fundament, die Satzung des dbb schleswig-holstein, gestellt“, erklärte dbb-Chefin Anke Schwitzer im Rahmen des Seniorenkongresses in Nortorf.

Durch die Gründung der Seniorenvertretung gibt es nun mit der dbb jugend und der dbb landesfrauenvertretung insgesamt drei Gruppenvertretungen, die sich für die speziellen Interessen ihrer jeweiligen Klientel innerhalb des dbb schleswig-holstein einsetzen.

Zum ersten Vorsitzenden wurde Udo Rust (komba gewerkschaft) aus Kappeln gewählt. Rust hat über viele Jahre in diversen Leitungspositionen von Kommunen, zuletzt als hauptamtlicher Bürgermeister der Stadt Kappeln an der Schlei, gearbeitet.

Neben ihm gehören Axel Bräuer (Deutsche Steuergewerkschaft) und Dietmar Bolze (Bundespolizeigewerkschaft) dem neuen Vorstand an. „Eine tolle Konstellation“, findet Anke Schwitzer: „Durch diese drei Personen sind nämlich auch die Bereiche Kommunal-, Landes- und Bundesdienst repräsentiert.“

Die Glückwünsche der dbb bundes-seniorenvertretung überbrachte die stellvertretende Vorsitzende, Anne Schauer. In ihrer Ansprache erweiterte sie die Weisheit 'Kinder sind unsere Zukunft' um die Ergänzung 'die Alten aber auch': „Fälschlicherweise werden in Bezug auf die Generation der Senioren oftmals nur die Kosten betrachtet. Letztlich aber sind genau diese Menschen ein gewaltiger Wirtschaftsfaktor für unser Land – sie konsumieren nicht allein für sich, sondern in großem Maße auch für Kinder, Enkelkinder und in der alternden Gesellschaft oft auch noch für die eigenen Eltern“, sagte Schauer.

Christian Pagel, Landesgeschäftsführer dbb schleswig-holstein, 24.9.2014

Beihilfegewährung für im Basistarif versicherte Beamtinnen und Beamte

Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 17. April 2014 (5 C 16.13) Erlass des Finanzministeriums des Landes Schleswig-Holstein vom 03.07.2014

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

das Finanzministerium hat im Erlass vom 03. Juli 2014 Verfahrenshinweise zur Beihilfegewährung für im Basistarif versicherte Beamtinnen und Beamte gegeben.

Grundsätzlich richtet sich die Angemessenheit von ärztlichen Leistungen im Beihilferecht nach der Gebührenordnung für Ärzte. Für im Basistarif Krankenversicherte kommen jedoch abgesenkte Steigerungssätze zur Anwendung. Das Bundesverwaltungsgericht hat mit Urteil vom

17.04.2014 entschieden, dass eine solche Begrenzung des Beihilfeanspruchs nicht mit dem verfassungsrechtlichen Gleichheitsgrundsatz vereinbar ist.

Im Vorgriff auf eine Änderung der Bundesbeihilfeverordnung hat das Bundesministerium des Innern entschieden, dass die entsprechende Vorschrift (§ 6 Abs. 5 BBhV) nicht mehr anzuwenden ist. Die gleiche Entscheidung hat nunmehr auch das Finanzministerium in Schleswig-Holstein getroffen. Auch hier soll die Beihilfeverordnung geändert werden. Die entsprechende Vorschrift des § 8 Abs. 1 S. 3 BhVO ist nicht mehr anzuwenden. Dies betrifft alle laufenden Verfahren einschließlich der Widerspruchsverfahren.

Das Urteil hat lediglich Auswirkungen auf die Beihilfegewährung, nicht jedoch auf den ergänzenden Teil, der von der privaten Krankenversicherung weiterhin nach den abgesenkten Sätzen erstattet wird. Diesbezüglich kann es für die betroffenen Beamtinnen und Beamten bei einer zusätzlichen finanziellen Belastung bleiben.

*Anke Schwitzer, Landesbundvorsitzende dbb schleswig-holstein
Kiel, 08.07.2014*

Da war wohl der Wunsch der Vater des Fehlers

Auf der Titelseite von Heft 11 hatte sich ein Fehler eingeschlichen. Die Leser werden vielleicht gemerkt haben, dass die Zahl der verbleibenden Planstellen nicht 288, sondern – wie an den anderen Stellen im Heft richtig wiedergegeben – (leider nur) 228 heißen muss.

Exkursion der Senioren vom Bezirk VII am 9.9.2014

Bei herbstlich kühlem Wetter trafen sich Senioren aus dem Bezirk VII des IVL/SH mit Gästen im Gut Emkendorf zur diesjährigen Exkursion, die unter einem historischen Thema stand. Es ging um die Besichtigung und die Geschichte des berühmten Herrenhauses in Emkendorf, das etwa 1730 von *Jean Henri Desmercierès* im barocken Stil erbaut worden ist.

Nach 1745 erwarb Detlev von Reventlow das Gut und vererbte es 1783 an seinen Sohn Friedrich Karl Reventlow. Dieser war seit 1779 mit Julia, der Tochter des dänischen Schatzmeisters Schimmelmann, verheiratet.

Schimmelmann war durch den sogenannten „Atlantischen Dreieckshandel“ mit Zuckerplantagen aus der Karibik reich geworden. Bei seinem Tode erbten seine Kinder den jährlichen beträchtlichen Gewinn, und dieses Geld nutzten die Reventlows für die reiche Ausstattung des

Gutes und des Herrenhauses. Reisen nach Italien waren bei den Adligen des Landes damals üblich, wie es noch heute an den Bildern in den Räumen deutlich wird.

Das Gut gehörte von 1764 bis 1929 der adligen Familie Reventlow. Danach ging es in den Besitz der Familie Dr. Curt Heinrich aus Kiel über.

Zum Ende des Zweiten Weltkrieges wurden Flüchtlinge aus dem Osten einquartiert. Nach der Kapitulation am 8. Mai 1945 rückte eine britische Garnison in das Gutshaus ein und erlaubte das weitere Wohnen der Familie im Schloss, und die Reventlows konnten wiederum ein erfreulich gutes Verhältnis zu den britischen Soldaten aufbauen.

In einer einstündigen Führung gewannen wir einen Eindruck von neun Räumen des Herrenhauses. Wir begannen mit dem Vestibül, ausgestattet mit toskanischen Säu-

len, kommen in den Gartensaal und bewunderten den gemalten Deckenstück des italienischen Meisters Giuseppe A. Pellicia.

Im Salon sind auf vier Supraporten römische Landschaften aus den vier Jahreszeiten dargestellt.

Zum Esszimmer gehört ein abgeschlossener Frühstücksraum, auch dort wieder zahlreiche Wandmalereien. Als Kopie finden wir hier das Portrait der Julia von Reventlow geborene Schimmelmann. Das Original hängt im Emkendorf-Zimmer im Schloss in Ahrensbürg.

Eindrucksvoll ist das barocke Treppenhaus mit einer Wendeltreppe, die in das Obergeschoss führt. Auf beiden Seiten des Geländers finden wir 482 Bildnisse mit Gesichtern von Menschen, die ein Künstler mit viel Phantasie entwickelt hat.



Im Obergeschoss befindet sich die Bibliothek. Der Raum besticht die Besucher durch seine kostbare Holzvertäfelung und die zahlreichen Bücher.

Nach der Besichtigung des Herrenhauses schloss sich ein Spaziergang zum Park und zum Hasensee an. Die Südseite des Herrenhauses und die große Rasenfläche mit den uralten großen Bäumen – jeweils weit über einhundert Jahre alt – entfalten hier ihre Schönheit. Vom Weg aus sieht man den mit einem Krüppelwalm-dach versehenen Seitenflügel, in dem Matthias Claudius (1740 – 1815) zeitweilig gelebt und gearbeitet hat. Klopstock und andere Dichter waren häufig Gäste auf Emkendorf, nur Goethe weigerte sich, eine Reise in den Norden anzutreten, angeblich wegen des unberechenbaren Wetters. Dennoch erhielt Emkendorf den Beinamen „Weimar des Nordens“.

Das Mittagessen erhalten wir gegen 13 Uhr im Gasthaus am Westensee und gehen danach auf einem kurzen Fußweg zur Kirche hinüber.

Hier empfängt uns Frau Jansen und erzählt uns aus der Geschichte des Gotteshauses. Es ist nach der Besiedlung des Landes im Mittelalter als

Filiale des Klosters in Neumünster unter Vicelin gegründet worden. Das aus Feldsteinen errichtete Langhaus stammt aus dem 13. Jahrhundert. Später wurde es durch einen das Kirchenschiff überragenden gotischen Chor ergänzt. Zu diesem Zeitpunkt war es eine Wallfahrtskirche und der heiligen Katharina von Alexandrien geweiht. Im Jahre 1505 wurde der Westturm angefügt.

Ursprünglich hat man die Adligen in der Kirche beigesetzt. Dazu gehört südlich des Chorbogens das Grabmal des dänischen Feldherrn Daniel Rantzau. Drei weitere Grabplatten von adligen Gutsbesitzern sind an der Südwand angebracht. Sie stammen aus dem 16. Jahrhundert.

Im 30jährigen Krieg entwendeten die Schweden alle Kunstgegenstände und ein Taufbecken aus Bronze. Sie zerschlugen die von der Familie Rantzau gestiftete Orgel und zerrümmerten auch das Epitaph der Grabstätte des dänischen Feldherrn Daniel von Rantzau.

1691 ließ Bendix von Ahlefeldt anlässlich des Todes seiner Frau die erste von sechs Grabkapellen an der Nordwand der Kirche anbauen. Heu-

te werden sie zu Beisetzungen nicht mehr genutzt.

1753 brannte das Pastorat nach Brandstiftung nieder. Alle Kirchenbücher wurden ein Raub der Flammen. Im Neubau des Pastorats hat sich Matthias Claudius 1813 auf der Flucht vor den Franzosen einige Zeit aufgehalten.

Im Restaurant „Zum Fischmeister“ in Wrohe am Westensee klingt die Exkursion aus. In Gesprächen werden die einzelnen Erlebnisse noch einmal angesprochen, ehe sich die Gruppe verabschiedet und den Heimweg zu den Wohnorten antritt.

*Gerhard Burmester
Bezirk VII Plön – Ostholstein – Kiel*



Personalratswahlen 2015

Alle Stimmen für die IVL
im BPR und im HPR!

Gewerkschaftliche Außendarstellung

Die dbb - Akademie (Deutscher Beamtenbund) in Königswinter hatte zu einer Veranstaltung für Frauen unseres Verbandes bundesweit eingeladen. Vom 19. - 21. September 2014 fand unter der Leitung von Frau Marlis Tasser, der Bundesfrauenvertreterin des VDR (Verband Deutscher Realschullehrer) unsere Tagung im dbb forum siebengebirge statt. Schleswig-Holstein war vertreten durch Grete Rhenius und Elke Pries-Hoffmann.

Es ging zunächst um aktuelle Entwicklungen und Forderungen an unsere Schulsysteme und zu Themen, die besonders Frauen in ihrer Funktion als Lehrerin, aber auch als in besonderem Maße für die Familie verantwortlicher Mensch betreffen.

Der Bundesvorsitzende des VDR, Jürgen Böhm, hielt zunächst **eine bildungspolitische Umschau:**

Viele Menschen, Lehrer, Eltern, Handwerker usw. sagen: „So kann es nicht weitergehen!“ Auch wir fordern, Leistung und Qualität der schulischen Bildung entsprechend der Begabung der Kinder zu fördern. Wir wollen keine Experimente mit Kindern. Wir dürfen uns von Meinungsmachern (OECD, Bertelsmann) unser deutsches Schulsystem, oder das, was es in manchen Bundesländern einmal war, nicht kleinreden lassen. Immerhin wären z.B. in Deutschland am wenigsten Jugendliche arbeitslos (Mühlheimer Aufruf vom 13./14.11.2013). Um die Duale (berufliche) Ausbildung würden uns andere Länder beneiden.

Die derzeitige Kompetenzorientierung weicht die Qualität auf. Wir müssen wieder mehr auf das Vermitteln von Inhalten schauen. Statt Lernbegleiter brauchen wir Lehrer.

Inklusion muss verantwortbar umgesetzt werden. Der Fachkräftebedarf erfordert ein gegliedertes Schulsystem: Akademische und berufliche Bildung müssen beide wertgeschätzt werden.

Böhm fordert die Stärkung der differenzierten Bildungsgänge als Fundament für eine qualitative Bildung.

Neun Professoren aus der ganzen Bundesrepublik haben sich zu einem wissenschaftlichen Beirat zusammengeschlossen (Burchardt, Köln; Dollase, Bielefeldt; Fees, Karlsruhe; Krautz, Wuppertal; Neumann, Lüneburg; Ziegler, Erlangen-Nürnberg; Rekus, Karlsruhe; Klein, Frankfurt/M.; Heller, München).

Zu beachten ist außerdem die bundesweite Initiative für ein differenziertes Schulwesen: **3 x Mehr**, die von Ingrid Ritt gegründet wurde.

Marlis Tasser referierte zum Thema: **Pflege – eine ‚traditionelle‘ Frauenaufgabe.**

Es ging natürlich um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, hier im Besonderen die Pflege von Angehörigen.

Mehr als 2/3 der zu Pflegenden bleiben zu Haus und werden dort meistens von Frauen versorgt, wobei Kinder und Schwiegerkinder derzeit etwa 42 %, Ehe- und Lebenspartner etwa 28 % der Pflege übernehmen. Davon sind etwa 73 % Frauen, die in ihrem Beruf dann Teilzeit arbeiten. Ca. 62% der Frauen sind älter als 45 Jahre.

Sie benötigen pro Woche zusätzlich durchschnittlich 37 Stunden für die Pflege.

Für die Frauen bedeutet dieses, dass sie niedrigere Einkünfte haben, was wiederum auch zu Einschnitten bei

der Rente/Pension führt.

Sie nehmen es auf sich, weil die Kosten für Pflege durch Fremde für viele unbezahlbar ist.

Fazit: Die Frauen kommen finanziell und gesundheitlich in Grenzsituationen. Hier muss geholfen werden!

Die IHK hat ein Personalentwicklungsforum gebildet. Es geht um eine „saubere Vertretungsregelung“, das heißt, Rahmenrichtlinien sollen erarbeitet werden. Im Koalitionsvertrag wurde eine Pflegereform im April 2014 festgeschrieben. In diesem Zusammenhang sollte man auch einen Blick auf die Entwicklung der Steuern werfen (Mehrkosten im Vergleich zu normaler Lebensführung usw.).

Unter dem Motto „Mach mal Pause“ bietet die Barmer GEK neue Kompaktseminare für gesetzlich versicherte pflegende Angehörige in NRW an (4-Tage-Seminare).

Wir haben Anträge formuliert für den dbb-Frauenkongress zu folgenden Themen:

Arbeitsschutz (Mutterschutz)

Mütterrente:

- Gleichbehandlung/Tarif/Beamtenbereich
- Finanzierung
- Vollversorgung und Mütterrente

Pflege:

- Anerkennung als Beitragszeit
- Pflegegeld und Anteil der Arbeitgeber bei Sozialbeiträgen
- Bessere kostenlose Unterstützungs- und Entlastungssysteme für Pflegeleistende

Nach diesem wichtigen Vorspann ging es dann an die Pressearbeit mit Manfred Mauren, dem Dozenten für

Journalismus im weitesten Sinne an der dbb-Akademie.

Es ging darum, das Ziel einer Pressemitteilung klar zu definieren und exakt die Empfänger dieser zu berücksichtigen (zielgerichtet kommunizieren). Der inhaltliche und strukturelle Aufbau des Textes (Wer?, Was?, Wann?, Wo?, Warum?, Wie?), wurde durch praktische Übungen und Analysen verdeutlicht, so dass am Ende für jeden Teilnehmer eine optimale Lösung vorlag.

Die Unterschiedlichkeit der Teilnehmerinnen (und des einen Teilnehmers) zeigte sich dann in der Vielfältigkeit der entstandenen Texte.

Haben Sie schon mal über die vielen neuen Namensschöpfungen für Ihre Schüler nachgedacht? Woher kommen denn die Namen (gesprochen) Usnawi, Schantalle und Üwes? Hier die Lösung: Eine Mutter hat auf einer Reise ein Schiff gesehen mit dem Namen „U.S. Navy“, eine andere in Frankreich „Chantale“ und die dritte „Yves“.

Dann beschäftigten wir uns mit den Möglichkeiten, das Internet zu nutzen, um selbst Meldungen zu schreiben und um Journalisten einen schnellen Zugriff auf Informationen zu bieten, die wir veröffentlicht haben möchten, denn 80 % der Journalisten suchen zunächst auf der Homepage des Unternehmens, d.h. in diesem Fall der Homepage des Lehrerverbandes.

Es lohnt sich also, die Homepage praktisch, informativ, leicht zugänglich und ansprechend zu gestalten. Hier nun einige von vielen Tipps, die wir auf der Tagung bekamen. Mögen Sie Ihnen auch einmal hilfreich sein. Dazu gehört z. B., dass zentrale Kontaktdaten auf der 1. Seite einer Homepage stehen. Die Ansprechpartner sollten mit Funktion, Portrait-Bild, Durchwahl und Mail-

Adresse schnell erreichbar sein, denn Kontaktformulare bedeuten eine Zeitverzögerung, die kaum jemand gern in Kauf nimmt.

Die aktuellste Pressemitteilung gehört mit Datum auf die 1. Seite des Internetauftritts. Die regelmäßige Pflege der Daten ist wichtig, z. B. auch die Ankündigung von aktuellen Veranstaltungen. Sollten Links zu Originalartikeln vorhanden sein, muss das Urheberrecht beachtet werden.

Wenn es dann ans Schreiben einer E-Mail geht, sollte die Betreffzeile, die entscheidend ist dafür, ob eine E-Mail überhaupt geöffnet wird, kurz und prägnant sein, den Kern der Nachricht beinhalten, höchstens 40 Zeichen haben und einfach die Neugier wecken.

Beachten Sie auch, dass es die Möglichkeit gibt, bei mehreren Empfängern die jeweils anderen Empfänger unsichtbar zu machen, indem Sie „Blindkopie (BCC)“ (Blind Copy Correspondance) anklicken.

Und noch ein paar abschließende Tipps für Gewerkschaftler beim Schreiben:

Nachdem wir uns genau Ziel und Zielgruppe überlegt haben:

- Aussagen nicht durch Konjunktiv abschwächen!
- Kurze, knappe Sätze
- Behauptungen klar formulieren!
- Die ersten 2 bis 3 Sätze tragen die wichtigsten Aussagen.
- 1 Gedanke in 1 Satz
- wenig Nominalisierung
- mehr Aktiv, wenig Passiv
- Hauptsätze, möglichst wenig Nebensätze

– in 1 Satz nie mehr als 16 Wörter

Dann gab es noch die „Standards für eine Erfolgs-Story“:

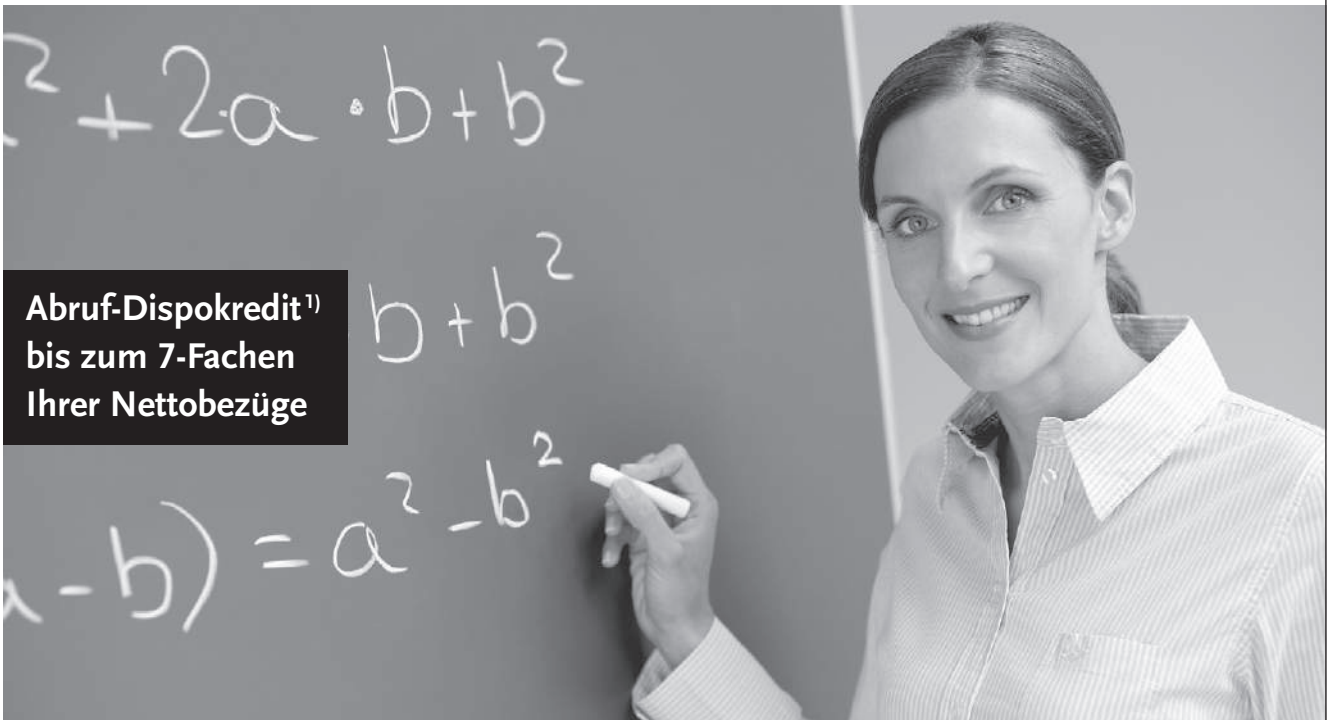
Aktualität, Nähe (des Ereignisses zum Leser), Folgeschwere, Öffentliche Bedeutung (Prominenz), Dramatik, Kampf (Konflikt), Kuriosität, Liebe (Sex), Gefühl (human interest), Fortschritt.

Es gäbe natürlich noch viel mehr zu schreiben von 3 Tagen, aber das würde den Rahmen hier sprengen.

Elke Pries-Hoffmann

¹⁾ Voraussetzung: Bezügekonto; Geschäftsanteil von 15,- Euro/Mitglied
²⁾ Konditionen freibleibend, effektiver Jahreszins 7,18 %

**Abruf-Dispokredit¹⁾
bis zum 7-Fachen
Ihrer Nettobezüge**



0, Euro¹⁾ Bezügekonto für den öffentlichen Sektor

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für Beamte im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamtinnen, Beamte und Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

0,- Euro Bezügekonto¹⁾

- Kostenfreie Kontoführung inkl. BankCard und viele weitere attraktive Extras!

+ 6,99 %²⁾ p. a. Abruf-Dispokredit¹⁾

- Bis zum 7-Fachen Ihrer Nettobezüge

Beispiel:

Nettodarlehensbetrag	10.000,- Euro
Laufzeit	12 Monate
Sollzinssatz (veränderlich)	6,99 % p. a.
Effektiver Jahreszins	7,18 %

Den günstigen Abruf-Dispokredit bieten wir Ihnen in Abhängigkeit Ihrer Bonität bis zu einem Nettodarlehensbetrag in Höhe von 50.000,- Euro und für eine Laufzeit von bis zu 4 Jahren an.

+ 0,- Euro Depot¹⁾

- Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

BBBank-Filialen in Schleswig-Holstein

- Holstenstraße 11, 23552 Lübeck, Tel. 04 51/72 64-8
- Schönberger Straße 24, 24148 Kiel, Tel. 04 31/7 39 97-21
- Neumarkt 1, 24937 Flensburg, Tel. 04 61/299-11
- Waschpohl 6, 24534 Neumünster, Tel. 0 43 21/47 07-7
- Kopperpahler Allee 121, 24119 Kronshagen, Tel. 04 31/5 41 50-1
- Kleiner Kuhberg 2-6, 24103 Kiel, Tel. 04 31/5 90 01-0



BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Geburtstage (Ruheständler ab 65 Jahre)

03.11. Antje Eggers, Hamburg , 66 J.
04.11. Wolf-Dieter Reiche, Eckernförde, 76 J.
07.11. Volker Heesch, Neumünster, 67 J.
10.11. Hans-Jürgen Thaysen, Meldorf, 80 J.
11.11. Jürgen Schaffrath, Haffkrug, 78 J.
13.11. Heide Lore Homburg, Halstenbek, 75 J.
16.11. Werner Just, Lübeck, 95 J.
17.11. Wolfgang Biesel, Probsteierhagen, 74 J.
19.11. Magdalena Winkel-Strauchmann, Kronshagen, 98 J.
20.11. Eberhard Bohn, Kaltenkirchen, 76 J.
21.11. Oke Petersen, Westerland, 75 J.
23.11. Bernd Walther, Neustadt, 68 J.
28.11. Ilse Klapp, Kiel, 90 J.
28.11. Karin Jensen, Kiel, 75 J.
29.11. Siegfried Wiek, Scharbeutz OT Schürsdorf, 75 J.
29.11. Klaus Redeski, Kiel, 72 J.
01.12. Siegmund Ewert, Stockelsdorf, 86 J.
01.12. Horst Waskow, Klein Nordende, 74 J.
02.12. Karl Hintsch, Lübeck, 90 J.
02.12. Helga Hagemann, Eckernförde, 77 J.
06.12. Siegfried Hass, Preetz, 85 J.
11.12. Jutta Kluth, Wentorf, 73 J.
11.12. Walter Neutert, Hasselberg, 73 J.
13.12. Udo Glabbart, Lauenburg, 72 J.
14.12. Ingeborg Goerke, Preetz, 92 J.
16.12. Jürgen Sörensen, Bredstedt, 90 J.
17.12. Heiderose Glismann, Kronshagen, 74 J.
18.12. Sybille Tiessen, Pinneberg, 70 J.
20.12. Walter Behnke, Henstedt-Ulzburg, 90 J.
20.12. Gert Hartz, Herzhorn, 79 J.
22.12. Sigrid Schell, Schwentinental, 66 J.
23.12. Frauke Fricke, Ottendorf, 73 J.
23.12. Karin Lorenz, Groß Kummerfeld, 65 J.
24.12. Helmut Fengels, Bad Schwartau, 78 J.
24.12. Heiko Werlich, Nebel/Amrum, 75 J.
26.12. Kristina Bodendieck, Kiel, 71 J.
27.12. Ingo Vach, Glinde, 73 J.
29.12. Heinz-J. Ennuschat, Elmshorn, 71 J.



30.12. Walter Raabe, Friedrichstadt, 90 J.
31.12. Christel Brösen, Neumünster, 65 J.
01.01. Rosemarie Matzen, Flensburg, 79 J.
03.01. Antje Lange, Heide, 72 J.
03.01. Bernd Möller, Bad Schwartau, 67 J.
07.01. Elsa Atkinson, Rendsburg, 76 J.
10.01. Ursula Borchers, Laboe, 77 J.
11.01. Hannelore Regber, Boostedt, 68 J.
11.01. Horst Heiduk, Havetoft, 65 J.
12.01. Peter Fick, Lübeck, 76 J.
13.01. Angelika Schmidt-Durdaut, Viöl, 67 J.
14.01. Heinz Grenda, Aumühle, 87 J.
15.01. Eva Zimmermann, Ammersbek, 85 J.
20.01. Heinz-Manfred Tischoff, Ratekau, 79 J.
23.01. Barbara Christiansen, Glinde, 68 J.
28.01. Ernst-Dieter Winkler, Bargteheide, 75 J.
30.01. Ellen Sieg, Holtsee, 72 J.
03.02. Heike Martens, Quickborn, 71 J.
05.02. Walter Fiedler, Bredstedt, 91 J.
07.02. Kerstin Holm, Lübeck, 75 J.
11.02. Horst Rapp, Friedrichstadt, 69 J.
12.02. Hans-Otto Jessen, Flensburg, 80 J.
12.02. Bernd Richter, Ratekau, 72 J.
13.02. Gisela Krause-Wellnitz, Pellworm, 80 J.
16.02. Walter Neuber, Lübeck, 84 J.
19.02. Lutz Worch, Hohn, 71 J.
22.02. Rotraut Köpke, Kiel, 84 J.
22.02. Hans-Jürgen Kahl, Ostbordelum, 80 J.
24.02. Horst Meyer, Ratzeburg, 90 J.

- 24.02. Richard Krafft, Ahrensburg, 87 J.
- 25.02. Erwin Petersen, Kappeln, 88 J.
- 25.02. Eva Braasch-Schalong, Herrnburg, 81 J.
- 25.02. Christiane Zapel, Lübeck, 70 J.
- 27.02. Heinz Wohlrab, Obing, 75 J.
- 28.02. Klaus-Eckart Hewicker, Plön, 73 J.
- 01.03. Fritz Kukulenz, Techau, 76 J.
- 05.03. Rolf Zander, Wentorf, 78 J.
- 07.03. Hans-Jörg Rickert, St.-Peter-Ording, 73 J.
- 07.03. Volker Rozowski, Itzehoe, 72 J.
- 10.03. Anja Hitzer, Berlin, 72 J.
- 13.03. Ludwig Pesch, Flintbek, 73 J.
- 15.03. Ursula Schlüter, Kiel, 70 J.
- 16.03. Jürgen Glang, Ottenbüttel, 75 J.
- 19.03. Jürgen Mohr, Elsdorf-Westermühle, 82 J.

- 19.03. Jürgen Winterstein, Boostedt, 75 J.
- 20.03. Margot Oehme, Kiel, 92 J.
- 20.03. Günter Schwirz, Lauenburg, 90 J.
- 21.03. Elke Both, Oldenburg, 77 J.
- 21.03. Peter Barchfeld, Flintbek, 77 J.
- 22.03. Hans-Uwe Jürgensen, Altenholz, 85 J.
- 22.03. Jürgen Lauer, Glücksburg, 76 J.
- 23.03. Hans Joachim Feldner, Achterwehr, 88 J.
- 25.03. Dietrich Bartsch, Gudow, 78 J.
- 25.03. Sigrid Suhr, Halstenbek, 74 J.
- 27.03. Elisabeth Krafft, Ahrensburg, 86 J.
- 28.03. Jürgen Bennöhr, Fahrdorf, 93 J.
- 30.03. Ingeborg Bähncck, Lübeck, 76 J.
- 31.03. Antje Claassen, Satrup, 81 J.

Aktion „Mitglieder werben Mitglieder“

Gewinnen Sie neue Mitglieder für unseren Verband. Überzeugen Sie Ihre Kollegin oder Ihren Kollegen von den vielen Vorteilen einer Mitgliedschaft bei uns.

Für jedes von Ihnen neu geworbene Mitglied erhalten Sie sofort eine Anerkennung von 50 Euro. Unsere neue Beitrittserklärung finden Sie auf der vorletzten Seite.

Wir sorgen dafür, dass Sie mit unseren Druckerzeugnissen einen Treffer landen können.



www.druckundrepro.de

DRUCK & REPRO GmbH

Werkstätte feiner Druckerarbeiten

Altonaer Str. 69 · 24534 Neumünster · Tel. 0 43 21 / 4 66 66 · Fax 4 72 25

Lernen Sie uns aus der Nähe kennen

Werden Sie Schnuppermitglied! Völlig kostenfrei und mit allen Rechten eines ordentlichen Mitglieds.

- ❖ Ein halbes Jahr für examinierte Lehrerinnen und Lehrer.
- ❖ Ein ganzes Jahr für Studierende und Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst.

IVL-Mitgliedsbeiträge

Gruppe	Unterrichtsverpflichtung						Pensionäre Rentner	
	über 75% bis 100%		über 50% bis 75%		bis 50%		monatl. Beitrag	Beitrags- gruppe
	monatl. Beitrag	Beitrags- gruppe	monatl. Beitrag	Beitrags- gruppe	monatl. Beitrag	Beitrags- gruppe		
A 9	10,70 €	B 01	8,40 €	B 08	7,40 €	B 15	6,00 €	B 22
A 10	11,80 €	B 02	9,70 €	B 09	8,30 €	B 16	6,60 €	B 23
A 11	12,90 €	B 03	10,90 €	B 10	9,20 €	B 17	7,20 €	B 24
A 12	14,10 €	B 04	12,10 €	B 11	10,20 €	B 18	7,70 €	B 25
A 13	15,20 €	B 05	13,40 €	B 12	11,10 €	B 19	8,40 €	B 26
A 14	16,70 €	B 06	14,60 €	B 13	12,10 €	B 20	9,00 €	B 27
A 15 und höher	18,30 €	B 07	15,80 €	B 14	13,00 €	B 21	9,80 €	B 28
EG 9	9,20 €	A 01	7,90 €	A 06	5,40 €	A 11	4,60 €	A 16
EG 10	10,30 €	A 02	9,00 €	A 07	6,40 €	A 12	5,20 €	A 17
EG 11	11,40 €	A 03	10,20 €	A 08	7,40 €	A 13	5,90 €	A 18
EG 12	12,60 €	A 04	10,50 €	A 09	8,40 €	A 14	6,60 €	A 19
EG 13	14,10 €	A 05	12,00 €	A 10	9,80 €	A 15	7,40 €	A 20

Gruppe	monatl. Beitrag	Beitrags- gruppe
Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst	4,50 €	S 01
Studierende, Arbeitslose, beurlaubte Lehrkräfte, Beschäftigte (unter 1 Jahr)	2,00 €	S 02
Beschäftigte (mindestens 1 Jahr)	6,20 €	S 03

Impressum:

Das „IVL-SH-Magazin“ wird von der Interessenvertretung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein (IVL-SH) herausgegeben. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Auffassung der IVL-SH darstellen.

IVL-SH Landesvorsitzende:

Grete Rhenius
Körnerstr. 27, 23564 Lübeck
Tel./Fax: 04 51 / 505 87 40
E-Mail: grete.rhenius@ivl-sh.de

IVL-Pressereferent:

Tade Peetz
Stückenberg 15, 24226 Heikendorf
Tel.: 04 31 / 2 39 19 35
E-Mail: tade.peetz@ivl-sh.de

Anzeigenberater:

Claus Mangels
Moorkoppel 6g, 24113 Molfsee
Tel.: 04 31 / 6 00 67 16
Fax: 04 31 / 3 64 33 82
E-Mail: claus.mangels@ivl-sh.de

IVL-Geschäftsstelle:

Mühlenweg 23, 24640 Schmalfeld
Tel.: 0 41 91 / 6 02 62
Fax: 0 41 91 / 6 09 13
E-Mail: info@ivl-sh.de

Redaktionsanschrift:

Detlef Trawinski
Ahorning 13, 25355 Barmstedt
Tel.: 0 41 23 / 68 38 58
Fax: 0 41 23 / 68 38 35
E-Mail: detlef.trawinski@ivl-sh.de

Herstellung:

Druck & Repro GmbH
Altonaer Str. 69, 24534 Neumünster
Tel.: 0 43 21 / 4 66 66
Fax: 0 43 21 / 4 72 25
www.druckundrepro.de

ISSN 2191-9070

Homepage: www.ivl-sh.de

Redaktion:

Claus Mangels, Michael Strobel, Detlef Trawinski

Beitrittserklärung

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur IVL ab _____

als Schnuppermitglied als ordentliches Mitglied

Ich bin Studentin/Student LiV Lehrerin/Lehrer Beitragsgruppe: _____

Alle Rechte und Vorteile der IVL genieße ich als Schnuppermitglied kostenfrei:

Rechtsberatung und Rechtsschutz in allen dienstlichen Bereichen, Diensthaftpflichtversicherung, Versicherung bei Schulschlüsselverlust und Vermögensschäden beim Schulträger, Betreuung durch IVL-Bezirk, Möglichkeit zur aktiven Mitarbeit in IVL-Gremien und Referaten, Bezug des IVL-Magazins und der Bundeszeitschrift, Schulung und Weiterbildungsveranstaltungen.

Nach der Schnuppermitgliedschaft bin ich ordentliches Mitglied der IVL, sofern ich meinen Austritt nicht 2 Monate vor Ende der Schnuppermitgliedschaft schriftlich erklärt habe.

Name Vorname

Geburtsdatum Straße

Postleitzahl Wohnort

Telefon E-Mail

Fächer Schule

Ort, Datum Unterschrift

Senden Sie den Antrag an: IVL-Geschäftsstelle, Mühlenweg 23, 24640 Schmalfeld

IVL-SH, Mühlenweg 23, 24640 Schmalfeld

Gläubiger-Identifikationsnummer **DE69ZZZ00000742329**

Ich ermächtige die IVL-SH, den von mir zu entrichtenden IVL-Mitgliedsbeitrag bei Fälligkeit mittels Lastschrift von meinem Konto einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der IVL-SH auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vorname und Nachname (Kontoinhaber)

Straße und Hausnummer

Postleitzahl und Ort

IBAN

D	E																		
---	---	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

BIC

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

(8 oder 11 Stellen)

Ort, Datum Unterschrift

Ich wurde geworben durch das IVL-Mitglied: _____
Vorname, Name

PLZ, Wohnort

Schleswig-Holstein

Notenfreie Grundschule gescheitert

Von Ulf B. Christen

Die Einführung der notenfreien Grundschule
in Schleswig-Holstein ist gescheitert.

Nach einer Umfrage des Bildungsministeriums haben fast 90 Prozent der Grundschulen beschlossen, ihre Schüler weiter zu benoten. Nur gut zehn Prozent der Schulen setzen auf Berichtszeugnisse. Die CDU forderte Schulministerin Britta Ernst (SPD) auf, die Anti-Noten-Verordnung ihrer Vorgängerin Waltraud Wende aufzuheben.

aus den KN, 05.12.2014

